

Schwere Regierungskrise in Israel

Rücktritte erschüttern grosse Koalition in Israel - Sechs Minister der Arbeitspartei verlassen Scharons Kabinett

JERUSALEM: Die grosse Koalition in Israel ist am Mittwoch nach dem Rücktritt von sechs Ministern der gemässigten Arbeitspartei nahezu zusammengebrochen. Ministerpräsident Ariel Scharon bekräftigte unmittelbar danach in der Haushaltsdebatte des Parlaments seinen Führungsanspruch; in erster Lesung wurde der Etat mit den umstrittenen Millionenzuwendungen für jüdische Siedlungen ohne die Stimmen der Arbeitspartei verabschiedet.

Zwei weitere Lesungen sind noch erforderlich, damit er in Kraft treten kann. Die Koalition wankte am Mittwoch bedenklich, sie ist aber nach Einschätzung von Beobachtern noch nicht endgültig beendet: Die Demission der Arbeitspartei tritt erst nach 48 Stunden in Kraft, was eventuell Zeit für weitere Verhandlungen lässt. Bei einem Ausscheiden der Arbeitspartei behält Scharon eine knappe Mehrheit im Parlament, ist dann aber noch mehr als bisher auf die Unterstützung kleiner rechtsgerichteter und ultrareligiöser Parteien angewiesen, die noch mit seinem Likud-Block verbündet sind. Mit einem Stillstand in den internationalen Nahost-



Ein nachdenklicher Verteidigungsminister Ben Elieser: Er ist zusammen mit fünf weiteren Ministern zurückgetreten.

Bemühungen wäre dann wohl zu rechnen. Scharon könnte bei einem Scheitern des seit 20 Monaten bestehenden Regierungsbündnisses innerhalb von 90 Tagen Neuwahlen ansetzen.

Während aus ihm nahe stehenden Kreisen verlautete, dies sei die wahrscheinliche Lösung, bekräftigte er in der Knesset, er wolle Israel «verantwortlich und mit klarem Kopf» weiter

führen - offenbar also ohne Neuwahlen. Scharon droht Gefahr aus dem eigenen Lager: Sein Likud-Block würde zwar wahrscheinlich wieder stärkste Partei, sein innerparteilicher Rivale

Benjamin Netanjahu könnte ihn aber als Likud-Führer und dann auch Regierungschef ablösen. Gespräche zur Rettung der Koalition waren am Mittwochabend gescheitert. Ben Elieser und Scharon verhandelten mehrere Stunden in einem Nebenzimmer des Parlaments über einen Kompromiss. Dabei kam es zu lautstarken Auseinandersetzungen, die bis vor die Tür zu hören waren, wie aus Verhandlungskreisen verlautete. Einmal stürmte Ben Elieser wütend aus dem Raum. Peres, Befürworter der «Regierung der nationalen Einheit», versuchte erfolglos, Ben Elieser zum Einlenken gegenüber Scharon zu bewegen. Dann trat er zusammen mit ihm und vier weiteren Ministern zurück. Ben Elieser hatte von Scharon gefordert, die umgerechnet 150 Millionen Euro an Finanzmitteln für die umstrittenen Siedlungen zu kürzen. Kritiker Ben Eliesers, der Vorsitzender der Arbeitspartei ist, warfen dem Minister jedoch vor, den Konflikt künstlich zu schüren, um sich drei Wochen vor den Parteivorwahlen gegen seine innerparteilichen Rivalen zu profilieren. Beim Überfall auf eine jüdische Siedlung im Westjordanland erschoss ein bewaffneter Palästinenser am Dienstagabend zwei Mädchen und eine Frau. Drei weitere Menschen wurden verletzt, als der Angreifer zunächst auf offener Strasse das Feuer eröffnete und dann auf ein Haus schoss.

Rätselraten um Moskauer Gas geht weiter

Nach Moskauer Angaben wurde Fentanyl eingesetzt - Münchner Ärzte weisen Narkosegas nach

MOSKAU: Trotz erster offizieller Auskünfte russischer Behörden über das beim Moskauer Geiseldrama eingesetzte Gas dauert das Rätselraten um die genaue Zusammensetzung an. Wie die russischen Nachrichtengagenturen ITAR-TASS und Interfax unter Berufung auf Gesundheitsbehörden meldeten, wurde eine Fentanyl-Verbindung in das Musical-Theater geleitet.

Der Stoff werde zur Betäubung eingesetzt und könne nicht zum Tod führen. Münchner Ärzte wiesen bei den deutschen Geiseln dagegen das Narkosegas Halothan nach.

Die russischen Angaben folgten scharfer Kritik aus dem Ausland an der Geheimhaltung der Zusammensetzung des Gases. Zahlreiche Ärzte hatten gefordert, zur besseren Behandlung der befreiten Geiseln über den eingesetzten Stoff informiert zu werden. Münchner Toxikologen vermuten, dass in Moskau Halothan eingesetzt wurde. Der Stoff habe sich im Blut der beiden deutschen Geiseln nachweisen lassen, sagte ihr behandelnder Arzt, der Toxikologe Thomas Zilker. Er nahm aber an, dass bei der Befreiungsaktion am Samstag noch weitere Mittel verwendet wurden.

Nach Angaben des Anästhesisten

Eberhard Kochs konnten die Experten das Opioid Fentanyl nicht nachweisen, obwohl sie gezielt danach fahndeten. Es sei allenfalls denkbar, das ein «Abkömmling» des Stoffes, das so genannte Carfentanyl, verwendet worden sei. Anders als bei Fentanyl verliere man damit garantiert das Bewusstsein. Opiode sind Kochs zufolge mit Opiaten verwandte Stoffe, die das Bewusstsein ähnlich stark trüben wie Morphine. Sie existierten aber bislang nicht in Gasform, sondern würden in die Venen gespritzt. Nicht auszuschliessen sei, dass Carfentanyl zusammen mit Halothan eingesetzt worden sei, erklärte der Arzt. Dies sei je-

doch «rein spekulativ». Kochs zufolge wird Halothan bereits seit den fünfziger Jahren als Narkosegas verwendet. Es gelte als sicher und habe bei richtiger Dosierung keine schädlichen Folgen. Da es aber schlecht steuerbar sei, werde es heute immer seltener verabreicht. Für einen so grossen Raum wie das Musicaltheater sei es «nicht das optimale Gas», da es sich viel zu langsam verteile, betonte der Mediziner. Um eine schnelle Wirkung zu erzielen, hätte man Halothan in einer sehr hohen Dosis versprühen müssen, erklärte Kochs. Dies allerdings könne zu Herzrhythmusstörungen, Erbrechen und Atemnot führen.

FDP-Spendenaffäre weitet sich aus

BERLIN: Die FDP-Parteispendenaffäre um den zurückgetretenen nordrhein-westfälischen Landeschef Jürgen Möllemann zieht weitere Kreise. Bundesschatzmeister Günter Rexrodt räumte am Mittwoch in Berlin Unregelmässigkeiten auf dem offiziellen Parteikonto des Landesverbandes ein. FDP-Chef Guido Westerwelle gab ausserdem zu, dass sein Büro bereits am 6. September von den Plänen Möllemanns über die Verteilung des umstrittenen israelkritischen Flugblatts erfahren habe. Justizkreise in Düsseldorf deuteten unterdessen an, dass die Staatsanwaltschaft voraussichtlich am Montag ein Ermittlungsverfahren gegen Möllemann wegen des Verdachtes des Verstosses gegen das Parteiengesetz einleiten werde. Vor Beginn ihrer Ermittlungen muss die Staatsanwaltschaft allerdings die Immunität Möllemanns als Abgeordneter des Bundestages und des nordrhein-westfälischen Landtages aufheben lassen. Schwerpunkt der Ermittlungen werde wahrscheinlich der Vorwurf der Verschleierung der Herkunft von Spenden sein, sowie die Möglichkeit, dass Parteispender nicht unverzüglich an den Schatzmeister der FDP weitergeleitet worden seien. Unterdessen reichte die FDP Auskunftsklage gegen Möllemann ein. Die Partei will auf diesem Weg ihren früheren Vizevorsitzenden dazu zwingen, die Namen der anonymen Spender zu nennen, die das Geld für das Flugblatt gegeben haben sollen.

Dänemark verhaftet tschetschenischen Politiker

Russland hatte die Festnahme von Achmed Sakajew gefordert

KOPENHAGEN: Dänemark hat den prominenten tschetschenischen Politiker Achmed Sakajew in Kopenhagen verhaftet. Russland hatte laut Polizeiangaben seine Festnahme sowie seine Auslieferung schon am vergangenen Freitag gefordert.

Die dänische Polizei nahm Sakajew in einem Hotel in Kopenhagen fest. Vor der Festnahme hatte der 1959 Geborene zwei Tage lang unbehelligt an einem «Tschetschenischen Weltkongress» in der dänischen Hauptstadt teilgenommen.

Russland wirft Sakajew vor, an der Vorbereitung der Moskauer Geiselnahme beteiligt gewesen zu sein. Ihm werden zudem weitere Vergehen in den Jahren 1996 bis 1999 zur Last gelegt.

Moskau verlangt Auslieferung

Moskau habe dem dänischen Justizministerium bereits ein Auslieferungsgesuch übermittelt, wie die Nachrichtenagentur Itar-Tass unter Berufung auf den Leiter der internationalen Abteilung der russischen Generalstaatsanwaltschaft, Robert Adelchanjan, meldete. Da sowohl Dänemark als auch Russland ein europäisches Aus-



Der prominente tschetschenische Politiker Achmed Sakajew wurde verhaftet.

lieferungsabkommen unterzeichnet hätten, müsse Kopenhagen der Aufforderung nachkommen, sagte Adelchanjan.

Dem widersprach Dänemarks Botschafter in Russland. Sakajew könne nach dänischem Recht nicht an Russland ausgeliefert werden.

Kein Abkommen

Es gebe keine Auslieferungsabkommen zwischen beiden Ländern. Und selbst wenn es solche Abkommen geben würde, käme eine Abschiebung Sakajews nach Russland aber nicht in Frage, weil dort noch immer die Todesstrafe verhängt werden könne.

Verhaftung: «absurd»

Die Festnahme wurde in Moskau begrüsst. Als «absurd» dagegen, bezeichnete sie der dänische Mitveranstalter des «Tschetschenischen Weltkongresses».

Der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen erklärte, die Festnahme sei eine «völlig normale Polizeiaktion» gewesen. Sie garantiere in keiner Weise eine Auslieferung. Hierüber muss die Justizministerin nach einer umfassenden Prüfung entscheiden.

Nordkorea bleibt hart

KUALA LUMPUR: Nordkorea und Japan haben keine Lösung im Konflikt um Pjöngjangs Atomwaffenprogramm erzielt. Zum Abschluss ihrer Normalisierungsgespräche in Kuala Lumpur verständigten sie sich lediglich auf einen Sicherheitsdialog im November. Ein Vertreter Pjöngjangs sagte nach den zweitägigen Gesprächen am Mittwoch laut Medienberichten, Nordkorea habe es nicht nötig, sein Atomprogramm zu offenbaren. Denn die USA hätten Nordkorea zum Ziel eines möglichen atomaren Präventivschlags erklärt.